



Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 08/2008

Aus dem Inhalt:

- Bürgschaft für die Hypo Real Estate
- Haushaltsberatungen 2009
- unsere Familien- und Bildungspolitik
- Sonderprogramm Denkmalschutz
- Rückblick auf die Sommergespräche und die Integrationswoche 2008

Aus dem Bundestag

BÜRGSCHAFT FÜR DIE HYPO REAL ESTATE

Am Dienstag dieser Woche wurden wir in einer Sondersitzung der Fraktion sowie in einer Sondersitzung des Haushaltsausschusses vom Bundesfinanzminister über die geplante Bürgschaft für die Hypo Real Estate Gruppe (HRE) informiert. Und ich muss gestehen, es kam für mich wie für uns alle ziemlich überraschend. In unserer Fraktion erhielt unser Finanzminister grundsätzliche Rückendeckung. Eine HRE-Pleite hätte laut Steinbrück für die Bankenbranche und den Steuerzahler erhebliche Auswirkungen gehabt. Die Bank hat – wie inzwischen ja auch in der Presse deutlich wird – u.a. Bundesländern, Kommunen, Versicherungen, Krankenkassen als Kunden. Deshalb sehe ich auch die Notwendigkeit, dass mit einer Bürgschaft der HRE wieder Liquidität verschafft wird. Grundsätzlich wird aber durch die Bankenkrise eins deutlich: so kann es auf den internationalen Finanzmärkten nicht mehr weitergehen – Regulierungsmaßnahmen sind national, aber vor allem international nötiger als noch zuvor.

Für insgesamt 26,5 Mrd. € wird der Bund eine Bürgschaft bereitstellen. Das bedeutet, dass durch diese Garantieerklärung der Bundeshaushalt zunächst nicht belastet wird. Im Haushalt 2008 war der entsprechende Titel auch noch nicht ausgeschöpft, so dass auch kein Nachtragshaushalt notwendig wird. Alle Fraktionen haben übrigens im Haushaltsausschuss nach der Unterrichtung durch Finanzminister Steinbrück und Bundesbankpräsident Weber die Bürgschaftsübernahme zustimmend zur Kenntnis genommen.

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 • 10623 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de

Hierzu auch ein Zitat von Peer Steinbrück: Entscheidung der Bundesregierung wendet Schaden ab

„In den letzten Tagen haben wir uns in Deutschland mit einem Fall beschäftigen müssen, der in der Tat Folge der weltweiten Finanzmarktkrise ist. Es ging darum, dass deutsche Banken und auch die Bundesregierung in einer Gesamtverantwortung dazu beigetragen haben – das haben beitragen müssen, in meinen Augen – Schaden von Deutschland abzuwenden.

Denn im Fall einer ungeordneten Abwicklung wäre nach übereinstimmendem Urteil ein erheblicher Schaden für deutsche Unternehmen und deutsche Arbeitsplätze entstanden. Und nicht nur in Deutschland, sondern auch darüber hinaus.

In den letzten Tagen hatten wir es mit einer Addition von Fällen in Europa zu tun die auch an uns Deutsche die Erwartung richtete, in dem selben Ausmaß auch politisch-staatlich behilflich zu sein, dass es nicht zu einem Zusammenbruch kommt.

Mir war sehr daran gelegen eine Lösung zu finden. Aber eine Lösung, an der der deutsche Banken- und Finanzdienstleistungssektor klar beteiligt ist.“

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, zur Bürgerschaft für die Hypo Real Estate
am 29. September 2008.

Warum ist die HRE in die Krise geraten?

Eine 100prozentige Tochter der HRE, die DEFPA Bank, verleiht langfristig Geld an Banken. Diese Kredite werden durch kurzfristige Kredite wieder refinanziert. Der Zeitrahmen der Kurzfristigkeit ist durch die internationale Finanzkrise immer kürzer geworden – zum Schluss lag er im Tagesbereich. Dadurch war die Bank nicht mehr liquide. Natürlich muss man auch feststellen, dass das eine bewusste Geschäftspolitik war, die von einem bestimmten Zeitpunkt voll ins Risiko lief.

STÄRKERE REGULIERUNG INTERNATIONALER FINANZMÄRKTE

Anlässlich der aktuellen Finanzmarktkrise hat Bundesfinanzminister Peer Steinbrück am Donnerstag letzter Woche bereits eine Erklärung der Bundesregierung abgegeben. Er sprach sich für eine stärkere Regulierung der internationalen Finanzmärkte aus. Gleichzeitig betonte er, dass die Auswirkungen auf dem deutschen Finanzmarkt vergleichsweise gering zu denen in den USA ausgefallen seien.“ Das war der Tag, an dem Peer Steinbrück und seine Mitarbeiter abends in die Krisenbewältigung bei der Hypo Real Estate einsteigen mussten.

Den Wortlaut der Regierungserklärung schicke ich Ihnen gerne zu, melden Sie sich einfach in meinem Büro.

HAUSHALT 2009 – BERATUNG IM BUNDESTAG

Das Parlament hat im Mitte September seine Arbeit wieder aufgenommen und ist direkt mit der Haushaltswoche, der 1. Lesung des Haushalts 2009 gestartet. Und als Motto für uns Haushalter bei den sich nun anschließende Beratungen im Haushaltsausschuss möchte ich hier unseren Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zitieren:

"Genauso wie jeder Privathaushalt kann auch der Staat jeden eingenommen Euro nur einmal ausgeben. Es kommt deshalb auf eine ausgewogene Balance zwischen den drei Zielen

- Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung,
- Investitionen in Zukunftsprojekte und
- gezielten, solide gegenfinanzierten Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger an."

ECKPUNKTE DES HAUSHALTS 2009

Kurs halten – Konsolidierung fortsetzen

Mit dem am 16.9.2008 eingebrachten Bundeshaushalt 2009 und dem Finanzplan bis 2012 soll die Konsolidierung weiter vorangetrieben werden. Die Nettokreditaufnahme wird sowohl 2009 als auch 2010 weiter abgebaut. 2011 und 2012 wird der Bund keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Das entlastet künftige Generationen und schafft die Basis für nachhaltige und zukunftsorientierte Politik.

Noch im Jahr 2005 wurden allein 31 Milliarden Euro neue Schulden beim Bund aufgenommen. Drei Jahre später, Ende dieses Jahres, werden es nur noch höchstens 11,9 Milliarden Euro sein. Weitere drei Jahre später, in 2011, werden wir keine neuen Schulden mehr aufnehmen.

Mehr für Wachstum und Beschäftigung

Aber nicht nur der Konsolidierungskurs wird fortgesetzt, es werden auch Wachstum und Beschäftigung gestärkt und die Leistungen für arbeitssuchende Menschen auf hohem Niveau gehalten, um die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter mit allen Kräften zu unterstützen. Dies macht uns robuster gegen konjunkturelle Einbrüche. Auch verstärken wir die Investitionen: Im Verkehrshaushalt zum Beispiel ermöglichen Mehreinnahmen aus der geplanten Mauterhöhung, sofern von den Bundesländern unterstützt, eine substantielle Erhöhung der Investitionslinie und eine Verbesserung der Infrastruktur. Daneben werden die zukunftsorientierten Bereiche Entwicklungshilfe, Klimaschutz sowie Forschung und Entwicklung spürbar ausgebaut. Ferner wird das bereits mit dem Bundeshaushalt 2006 begonnene 25-Milliarden Euro-Impulsprogramm fortgeführt.

Auch im europäischen Vergleich steht Deutschland wieder gut da. Laut Prognose der EU-Kommission liegt Deutschland beim BIP 2008 (1,8 %) über dem EU-Durchschnitt (1,3 %). Das deutsche Finanzierungsdefizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen betrug in 2007 schon Null, und dieser Wert wird aller Voraussicht nach auch 2008 wieder erreicht.

Eckdaten

Der Bund soll im kommenden Jahr über 288,4 Milliarden Euro verfügen können. Das sind 5,2 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr (2008: 283,2 Milliarden Euro), die aber weitgehend auf Sondereffekte wie z. B. die Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst zurückzuführen sind. 2009 muss der Bund so wenig neue Kredite aufnehmen wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die sogenannte Nettokreditaufnahme liegt 2009 bei 10,5 Milliarden Euro. In 2008 sind 11,9 Milliarden Euro vorgesehen.

Keine "Politik auf Pump"

Von jedem Euro für den Bund muss ein Sechstel als Zins an die Banken gezahlt werden und kann nicht in Form von Leistungen an den Bürger zurückfließen. Das Geld fehlt also für Investitionen und gezielte Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger. Mit jedem neuen Schulden-Euro müssen mehr Zinsen gezahlt werden, der Ausgabenposten im Bundeshaushalt wächst also immer weiter. Die Spielräume des Staates werden noch enger. Den langen Kassenzettel für kurzfristige Freuden, die wir uns heute auf Pump leisten, zahlen also unsere Kinder.

Hier möchte ich Beiträge meiner Fraktion zu den Haushaltsberatungen zu den uns so wichtigen Themenbereichen Familienpolitik und Bildung und Forschung wiedergeben:

FAMILIENPOLITIK

Dreimal haben wir das Kindergeld erhöht - insgesamt um 37 Prozent. Die vierte Erhöhung ist in Arbeit. Bei der Ausgestaltung der Steuerfreibeträge für Kinder wollen wir die Ungerechtigkeit beseitigen, dass Familien mit höheren Einkommen über den steuerlichen Kinderfreibetrag mehr Geld bekommen als Familien mit geringeren Einkommen, die nur Kindergeld erhalten. Für uns gilt: Jedes Kind sollte dem Staat gleich viel wert sein.

Wir haben mit unserem erfolgreichen Ganztagschulprogramm und dem Startschuss für den Ausbau der Kinderbetreuung eine Bildungsoffensive in Deutschland ausgelöst. Weitere Verbesserungen sind auch hier in Arbeit. Vor allem brauchen wir künftig eine Qualitätsoffensive: Verbesserungen bei der Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte und bessere Betreuungsschlüssel.

Wir haben den Kinderzuschlag eingeführt und er hat sich bewährt. Deshalb war es richtig und wichtig, dass wir ihn in der Großen Koalition weiterentwickelt haben. Mit der Kombination aus Kinderzuschlag und Wohngeld werden wir 250.000 Kinder vom Hartz IV-Bezug unabhängig machen - mehr als doppelt so viele wie bisher. Familien mit Neugeborenen unterstützen wir zielgerichtet mit dem Elterngeld. Es ist Einkommensersatz für wegfallendes Einkommen des betreuenden Elternteils. Bereits nach den ersten anderthalb Jahren nach seiner Einführung können wir festhalten: Das von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten konzipierte und von der Großen Koalition umgesetzte Elterngeld ist ein Erfolgsmodell.

Die SPD ist nicht nur die treibende Kraft in der Kinder- und Familienpolitik sondern auch in der Gleichstellungs-, Jugend- und Seniorenpolitik. Unsere Markenzeichen sind dabei eine aktive Gleichstellungspolitik, eine Politik, die Kinder und Jugendliche stark macht und beteiligt sowie die Potenziale des Alters erkennt.

BILDUNG UND FORSCHUNG

Die Zahlen sind ernüchternd: Lediglich zwischen 2,54 und 2,56 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) wurden nach der aktuellen Schätzung des Bundesforschungsministeriums (BMBF) im vergangenen Jahr für Forschung und Entwicklung in Deutschland aufgewendet. Das Drei-Prozent-Ziel ist nach den BMBF-eigenen, auf Druck der SPD im Haushaltsausschuss angeforderten Zahlen in weite Ferne gerückt.

Insgesamt rund 7,1 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln hat die Koalition zwischenzeitlich für Investitionen in Forschung und Entwicklung zum weit überwiegenden Teil für das Bundesforschungs- und das Bundeswirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt. Nach dem nun vorgelegten Bericht ist einzig der Bund in Vorlage getreten. Die Länder und die Wirtschaft haben bislang leider bei weitem nicht im gleichen Maße und wie erforderlich in Deutschlands Zukunft investiert. Die Lissabon-Strategie darf nicht zu einer Soloveranstaltung des Bundes werden.

2,54 oder 2,56 Prozent, und damit eine Verbesserung bei der zweiten Stelle hinter dem Komma, können angesichts der enormen Kraftanstrengung und des Mitteleinsatzes des Bundes wahrlich nicht als Erfolg des Gesamtstaates gewertet werden. Es ist bezeichnend, dass der im Sechsmilliarden-Euro-Programm enthaltene Hochschulpakt 2020 so administriert wurde, dass für 137,8 Millionen Euro an Bundesmitteln bislang gerade mal deutschlandweit 3.400 zusätzliche Studienplätze unterm Strich entstanden sind. Besonders negativ sind hier die Ergebnisse in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland.

Investitionen in Forschung und Entwicklung sind auch weiterhin und in noch stärkerem Maße - gerade von den Ländern und aus der Wirtschaft - notwendig. Der Bund wird weiter darauf hinarbeiten, seinen Anteil zu erbringen. Die Mittel müssen aber auch von Seiten des BMBF deutlich zielgerichteter eingesetzt werden, so dass sie Hebelwirkungen entfalten können. Verabredungen mit Ländern und der Wirtschaft beispielsweise zu Innovationsallianzen müssen zudem einen weit größeren Grad an Verbindlichkeit erreichen.

RECHTSANSPRUCH AUF KINDERBETREUUNG AB EINS BESCHLOSSEN

Am 26. September 2008 hat der Bundestag den Koalitionsentwurf eines Kinderförderungsgesetzes beschlossen. Ab August 2013 gilt nun der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins. Eltern erhalten so die Garantie, tatsächlich einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen.

Endlich schließt Deutschland mit dem Kinderförderungsgesetz zum europäischen Standard auf. Unter rot-grün hatte die damalige Familienministerin Renate Schmidt mit dem Tagesbetreuungsbaugesetz bereits begonnen, die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren deutlich auszubauen. Dank der SPD-Bundestagsfraktion wird das Tempo jetzt weiter verschärft. Bis 2013 soll für 35 Prozent der Kinder ab dem ersten Geburtstag ein Betreuungsangebot zur Verfügung stehen. Damit werden zwei Ziele verfolgt: die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die frühe Förderung von Kindern.

Familie und Beruf besser vereinbaren

90 Prozent der jungen Frauen wollen heute Kinder haben und einen Beruf ausüben. Auch immer mehr junge Männer wollen aktive Väter sein. Anfang 2007 benannte die gemeinsame Arbeitsgruppe des SPD-Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion „Neue Akzente in der Familienpolitik“ die Notwendigkeit eines Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ab einem Jahr, um den Eltern einen Betreuungsplatz für ihren Nachwuchs garantieren zu können. Dafür hat die SPD-Bundestagsfraktion gekämpft und sich trotz erbitterter Widerstände von CDU/CSU und Familienministerin von der Leyen durchgesetzt. Mit dem Kinderförderungsgesetz erhalten die Eltern nun ab 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für ihr Kind nach den ersten zwölf Monaten. Damit wird vor allem alleinerziehenden Elternteilen geholfen, die bislang wegen fehlender Kinderbetreuung oft keine Arbeit aufnehmen konnten. Übrigens stellt der Rechts-

anspruch auch sicher, dass Länder und Kommunen tatsächlich in den Ausbau von Kitas und Krippen investieren, denn sonst stehen sie bei Inkrafttreten des Gesetzes am 1. August 2013 mit leeren Händen da.

Kita tut Kindern gut

Die SPD-Bundestagsfraktion will erreichen, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben, sich zu entwickeln. Studien belegen immer wieder, dass der frühzeitige Kitabesuch und die damit verbundene Förderung der Kleinsten sich positiv auf die Entwicklung der Kinder auswirkt. Die Bildungsstudie des DIW vom Mai diesen Jahres nannte als Ergebnis, dass ein mehrjähriger Kitabesuch die Kinder fit für die Schule macht und elternhausbedingte Startschwierigkeiten ausgleicht. Damit verbessern sich die Bildungschancen der Kinder ungemein und Bildung ist schließlich das wichtigste Startkapital, was Kindern mit auf den Weg gegeben werden kann.

Der Bund beteiligt sich stark und dauerhaft

Damit der Ausbau bis 2013 auch gelingt, hat Finanzminister Peer Steinbrück bereits im letzten Jahr den Weg frei gemacht. Ohne die starke und dauerhafte Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Kinderbetreuung könnten Länder und Kommunen den Ausbau und den Betrieb der zusätzlichen Betreuungsplätze nicht schultern. Wäre es nach der Union und ihrer Ministerin gegangen, dann hätte der Bund sich lediglich an den Investitionskosten beteiligt. Doch nur mit einer Beteiligung an den Betriebskosten, die den Löwenanteil an den Kosten für Kinderbetreuung ausmachen, ist Ländern und Kommunen auch wirklich geholfen. Für den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote stellt der Bund bis 2013 insgesamt 4 Milliarden Euro zur Verfügung. Bund und Länder haben sich darauf verständigt, dass von 2008 bis 2013 2,15 Milliarden Euro für Investitionen verwendet werden. Ab 2009 bis 2013 beteiligt sich der Bund mit 1,85 Milliarden Euro an den zusätzlichen Betriebsausgaben. Aber auch ab 2014 lässt der Bund die Länder nicht im Regen stehen, sondern er unterstützt sie jährlich mit 770 Millionen Euro bei der Finanzierung der Betriebskosten.

Stärkere Förderung privat-gewerblicher, gewinnorientierter Träger abgewehrt

Der ursprüngliche Gesetzentwurf aus dem Hause von Ministerin von der Leyen sah eine stärkere Förderung von privat-gewerblichen, gewinnorientierten Trägern vor. Das hat die SPD-Bundestagsfraktion erfolgreich verhindert. Denn Erfahrungen aus dem Ausland zeigen: Gewinnorientierte Kitas führen über höhere Elternbeiträge zu mehr Ungerechtigkeit in der Bildung. Oder zu einem Kostenwettbewerb, der zu Lasten von Qualität und Arbeitsbedingungen geht. Beides wollen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht. Denn die SPD-Bundestagsfraktion steht im Interesse der Kinder für mehr Qualität und Chancengleichheit in der Bildung! Dafür sollen öffentliche Mittel eingesetzt werden – und nicht für die Gewinne von privaten Anbietern!

Betreuungsgeld erfolgreich zurückgewiesen

Die Idee der CSU und auch von Teilen der CDU, ein Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, einzuführen, ist mit der SPD-Bundestagsfraktion nicht zu machen. Deshalb ist es nicht Bestandteil dieses Gesetzes. Erst der nächste Bundestag wird darüber entscheiden. Das Betreuungsgeld ist kontraproduktiv, denn gerade benachteiligte Familien nehmen ihre Kinder aus der Kita und dies verschlechtert eine frühe Bildung – das zeigt das Beispiel Thüringen. Und somit

wird die Chancengleichheit, die die SPD-Bundestagsfraktion für alle Kinder erreichen will, ausgebremst. Solange wir regieren wird es ein Betreuungsgeld deshalb nicht geben.

Aus dem Wahlkreis und aus Berlin

BUND GIBT MITTEL FÜR DEN JÜDISCHEN FRIEDHOF WEIßENSEE FREI

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat letzte Woche die erste Tranche des 40 Millionen Sonderprogramms Denkmalschutz freigegeben.

Damit können bundesweit viele national bedeutsame Baudenkmäler erhalten und bewahrt werden. Insgesamt 134 Gebäude – Kirchen und Schlösser, Kloster und Burgen und andere – werden mit rund 18 Millionen Euro gefördert, um dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Ich bin besonders erfreut darüber, dass in **Berlin der Jüdische Friedhof Weißensee** auch berücksichtigt wurde. Mit rund 995.000 € wird die Sanierung der Mauer unterstützt. Als Abgeordnete aus Berlin hatte ich mich bei Land und Bund dafür eingesetzt, dass der Jüdische Friedhof und die Gedächtniskirche in dem Programm berücksichtigt werden. Die Gedächtniskirche wird, laut Zusage von Staatsminister Neumann, aus einem anderen Programm ab 2009 gefördert werden.

Der Haushaltsausschuss hatte mit dem Nachtragshaushalt 2007 dieses Sonderprogramm Denkmalschutz aufgelegt und 40 Millionen Euro dafür bereitgestellt. Gefördert werden damit dringende Substanzsicherungs- und Restaurierungsarbeiten an Baudenkmälern, die das nationale kulturelle Erbe prägen. Circa 400 Anträge sind für die erste Runde eingegangen, aus denen nun die ersten ausgewählt wurden. Die zweite Runde wird zeitnah folgen. Der Bund beteiligt sich jeweils mit bis zur Hälfte an den Kosten, die restlichen Mittel werden von den Ländern, Kommunen oder Privaten aufgebracht.

Die große Nachfrage zeigt, wie erfolgreich dieses Programm ist und wie dringend nötig es ist: Viele, gerade kleinere, Baudenkmäler können so erhalten werden. Ohne die Hilfe des Bundes wäre es nicht möglich, den baulichen Bestand zu sichern.



SOMMERGESPRÄCHE 2008

Auch in diesem Jahr kann ich ein erfreuliches Fazit meiner Sommergespräche ziehen: die Infostände auf den Wochenmärkten waren gut besucht und dank der Unterstützung von Abgeordneten und Freiwilligen sehr erfolgreich. Meine Besuche, wie bei der Aids Hilfe Berlin oder mein Treffen mit Innungsvertretern ermöglichten mir, direkt die Probleme aufzunehmen. Die Besuche vor Ort in meinem Wahlkreis, die Gespräche mit vielen unterschiedlichen Menschen bleiben die Grundlage für meine politische Arbeit. Nicht immer muss

gleich „Feuer gelöscht“ werden, meistens kann schon im Vorfeld das eine oder andere durch Vernetzung geklärt und erreicht werden. Ein großes Dankeschön an alle, die mich so freundlich empfangen und mir den Einblick in ihre Arbeit ermöglicht haben. Hochachtung vor der engagierten Arbeit in den Einrichtungen.

INTEGRATIONSWOCHE 2008

Besonders die Integrationswoche, die ich in diesem Jahr erstmalig durchgeführt habe, hat mich sehr beeindruckt. In dieser Woche habe ich viele Menschen kennen gelernt, die sich mit Herzblut und Kompetenz einsetzen, um Integration zu ermöglichen. Die Arbeit wahrzunehmen und bei Bedarf zu unterstützen empfinde ich als meine Aufgabe.

Bei meinem Besuch des Vereins **abw – arbeit, bildung und wohnen e.V.** informierte ich mich gemeinsam mit Ülker Radziwill, MdA, über das Projekt **NACHSCHLAG**, das von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung gefördert wird. **NACHSCHLAG** ist sozusagen die Schule der zweiten Chance für junge Leute mit Suchtproblemen, für Lernbeeinträchtigte oder Jugendliche mit Sprachproblemen und bietet jährlich 50 Plätze zum Erwerb des Hauptschulabschlusses an.

Die Jugendlichen, die sich hier mit uns zum Gespräch trafen, sind aus ganz verschiedenen Gründen aus dem Schulsystem heraus gefallen und holen nun ihren Hauptschulabschluss oder erweiterten Abschluss nach. Auf meine Frage nach ihren Berufswünschen kamen die Antworten prompt: Ob Bootstischler, Krankenschwester, Immobilienmaklerin oder Reisebürokauffrau – die jungen Leute von **NACHSCHLAG** haben bereits konkrete Berufsziele, wenn sie ihren Abschluss erst einmal in der Tasche haben.

Das nächste „Vor-Ort-Gespräch“ führte ich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Drogenhilfe **Tannenhof Berlin e.V.**, die 1979 gegründet wurde. Das engagierte Team besteht aus Medizinern, Psychologen, Sozialarbeitern und vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Das Besondere an der Einrichtung am Standort Wilmersdorf ist die teilstationäre Therapie. Das bedeutet, die Behandlung ist in den Alltag integriert, so dass Konflikte und Rückfallgefahren, die sich im persönlichen und/oder beruflichen Umfeld ergeben, gut aufzufangen und zu bewältigen sind. Menschen im Alter von 20 bis ca. 45 Jahren, die von legalen/illegalen Drogen oder Alkohol abhängig sind, können die ambulante Hilfe in Anspruch nehmen. Ein neues Therapiezentrum mit stationärer Suchttherapie entsteht derzeit in der Pfalzburger Straße in Berlin-Wilmersdorf und wird Platz für weitere 60 Patienten und Patientinnen bieten.

Am letzten Tag der **Integrationswoche 2008** standen gleich zwei Projekte auf dem Plan: Morgens besuchte ich, gemeinsam mit Christian Gaebler, MdA, die **Finkenkrug Schule** – eine Grund- und Oberschule mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“.

110 Schülerinnen und Schüler werden von einem hochmotivierten und engagierten Team von 60 besonders qualifizierten Pädagogen beschult, therapiert, erzogen und betreut. „Sozialkompetenz steht bei uns an erster Stelle“, erklärt die engagierte Schulleiterin, Christiane Horndasch, und führt aus, das Ziel der stark individuellen Förderung und des leistungsdifferenzierten Unterrichts sei die größtmögliche Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schülern in allen lebenspraktischen Bereichen. Nur so haben die Kinder eine Chance auf Integration in die Gesellschaft. Durch die Kooperation mit den Lankwitzer Werkstätten, eine von der Bundesagentur für Arbeit anerkannte

Werkstatt für behinderte Menschen, gibt es eine schuleigene Küche und einen wunderschönen Garten, den die Schülerinnen und Schüler mitgestalten.

Den Abschluss der Integrationswoche bildete der Besuch, gemeinsam mit Reinhard Naumann, Bezirksstadtrat für Jugend, Familie, Bildung und Sport in Charlottenburg-Wilmersdorf, bei dem Projekt **wellcome-Charlottenburg** am Klausenerplatz.

wellcome – verfügt über ein Netzwerk-Team und bietet praktische Hilfe für Familien nach der Geburt. Für manche Familie ist die Geburt eines Kindes, aus vielfältigen Gründen, eine sehr große Belastung. Hier greifen die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer von **wellcome** ein: Sie unterstützen mit ihrem Engagement und ihrer Erfahrung die (meist) jungen Eltern und stehen mit Rat und Tat praktisch zur Seite. Ein neues Projekt – für Familien, lernte ich im Anschluss an meine Besuch bei **wellcome** kennen:

HOT – **HaushaltOrganisationTraining** des **Familienpflegedienstes Doris Wepler** am Klausenerplatz 19 für Familien, die im Chaos versinken. **HOT** vermittelt Alltags- und Haushaltsführungskompetenzen wie z. B. die Versorgung und altersgemäße Tagesstruktur von Kindern, die Sauberkeit und Ordnung in der Wohnung und vieles mehr.

BESUCH BEI DER AIDS HILFE BERLIN

Gemeinsam mit der Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Helga Kühn-Mengel, MdB, besuchte ich die Geschäftsstelle der Berliner Aids Hilfe e.V. Bei der größten Aids Hilfe der Bundesrepublik konnte wir uns hier umfassend über die Arbeit und die Probleme der Organisation informieren. Neben Aids-Tests und Treffen von Selbsthilfegruppen, Frühstücke für Betroffene und Angehörige, Gespräche mit Schulklassen werden hier zahlreiche weitere Beratungs- und Informationsangebote in den Räumen in der Meineckestraße durchgeführt.



Angesprochen auf aktuelle Probleme wies der Geschäftsführer der Berliner Aids Hilfe Kai-Uwe Merkenich insbesondere auf die Situation heterosexueller infizierter Frauen hin. Gerade für diese sei es oftmals sehr schwierig, sich ihrem Umfeld mitzuteilen. Auch mache sich eine gewisse „Sorglosigkeit“ bei Jugendlichen bemerkbar, die dazu führe, dass sie sich nicht mehr schützen. Dazu trage wohl auch die – falsche – Vorstellung Aids sei ja nun heilbar bei. Allerdings, so Merkenich, würde dabei übersehen, dass zum einen Aids nach wie vor nicht heilbar sei und zum anderen gebe es zwar Medikamente zur Linderung der Symptome, diese haben allerdings oftmals sehr schwere Nebenwirkungen.

Bei einer Führung durch die Geschäftsstelle konnten Helga Kühn-Mengel und Petra Merkel kurz mit einer Ärztin des Gesundheitsamtes sprechen, die Aids-Test in der Geschäftsstelle durchführt.

Zum Abschluss des Besuchs fand eine Gesprächsrunde mit dem Geschäftsführer Kai-Uwe Merkenich, dem Vorstandsmitglied Uli Meurer und zwei sogenannten „Positivensprechern“ statt. Angesprochen wurde dabei u.a. die finanzielle Situation der Aids Hilfe- die Aufgaben wachsen, die Mittel würden oft jedoch noch gekürzt. Die Positivensprecher wiesen auf das Problem hin, dass vielfach nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel von den Kassen nicht bezahlt werden, diese aber zur Linderung von Nebenwirkung dringend benötigt werden. Hier machte die Patien-

tenbeauftragte auf die Sonderregeln für chronisch Kranke aufmerksam und bat, um Namen der Medikamente, damit sie dies weiter verfolgen könne.

STRASSENBEGEHUNG – Auf der Wilmersdorfer und Westfälischen Straße

Die Straßenbegehung ist jedes Jahr fester Bestandteil meiner Sommergespräche. Im letzten Jahr besuchte ich Gewerbetreibende auf der Reichsstraße. Dieses Jahr waren die Wilmersdorfer und die Westfälische Straße an der Reihe. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsstadtrat für Charlottenburg-Wilmersdorf, Marc Schulte, besuchte ich Gewerbetreibende, um mit ihnen vor Ort ins Gespräch zu kommen. In der Wilmersdorfer Straße trafen wir uns mit dem Centermanager Heiner Hutmacher, der uns durch die Wilmersdorfer Arcaden führte und dabei Fragen u.a. zur Auslastung und zu Ladenöffnungszeiten des im letzten Jahr eröffneten neuen Anziehungspunktes in der Wilmersdorfer Straße beantwortete. Nach weiteren Stationen bei „den Großen“ auf der Straße Media Markt und Karstadt widmeten wir den weiteren Teil der Straßenbegehung den kleineren Geschäften. Abschließend fand eine Gesprächsrunde bei Blumen Koch statt, an der neben Gewerbetreibenden nahmen auch Vertreterinnen und Vertretern aller Geschäftsstraßen-AGs aus Charlottenburg-Wilmersdorf die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch in lockerer Atmosphäre wahrnahmen.

IFA – BESUCH IN DER ARD LOUNGE

Auf der diesjährigen IFA führte ich, gemeinsam mit meinen Kollegen Steffen Reiche, MdB, und Fachreferenten ein Gespräch mit der ARD Generalsekretärin Dr. Verena Wiedmann. Im Mittelpunkt stand dabei der derzeit erarbeitete 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag und die Auseinandersetzung zwischen Öffentlich-Rechtlichen und Privaten um die Internet-Verwertbarkeit von Nachrichten und Inhalten. Auch die drohende Schließung des Rundfunkprogramms „Radio Multikulti“ wurde diskutiert. Anschließend kamen wir noch in den Genuss, den Regierenden Bürgermeister auf seinem Rundgang zur Messeeröffnung am rbb-Stand in der ARD Halle zu begrüßen.

Dies & Das



AUSSTELLUNG IN DER GOETHE 80 – KLIMA SUCHT SCHUTZ

Seit dem 19. September gibt es in der Ausstellung „Klima sucht Schutz“ in meinem Wahlkreisbüro, der Goethe80, ganz praktische Ratschläge, wie wir alle Tag täglich Energie sparen und uns so am Klimaschutz beteiligen können. Die Ausstellung konnte ich gemeinsam mit Michael Müller, MdB, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesumweltministerium eröffnen (Siehe Bild) Die Ausstellung ist bis zum 14.11.2008 zu den Öffnungszeiten des Wahlkreisbüros (Mo und Do 12 – 16 Uhr, Di und Mi 10 – 14 Uhr, Sa 11 – 14 Uhr) zu besichtigen.

Neben den Energiespar-Ratschlägen der co2online GmbH finden Sie dort ebenfalls umfangreiches Informationsmaterial der SPD-Bundestagsfraktion, des Bundesumwelt-

ministerium und des BUND. Gleichzeitig wurde der **Online-EnergieSparRatgeber**, den die coonline gGmbH mit Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit initiiert hat, auf meiner Homepage gestartet.

Direkt auf der Startseite <http://petra-merkel.de> finden Sie das Banner, von dem aus Sie zu dem Energiesparratgeber gelangen.

BESUCH IN CUXHAVEN

Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Rechnungsprüfungsausschuss sowie der Parlamentarischen Staatssekretärin aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung besuchten wir das MSZ, das Maritime Sicherheitszentrum, in Cuxhaven. Wir wollten uns vor Ort ein Bild darüber machen, welche Varianten es für die dauerhafte Unterbringung des MSZ gibt. Dies soll natürlich möglichst effektiv und kostengünstig geschehen. Auch das ist Teil der Arbeit des Rechnungsprüfungsausschusses.

Termine

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Die nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den 24. Oktober 2008, im Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, von 15.00 bis 17.00 Uhr. Bitte melden Sie sich telefonisch unter 313 88 82 an, wenn Sie einen Termin möchten.

WIE WÄHLT AMERIKA? Einblicke und Perspektiven

vom 29. September bis 24. November 2008,

im **Amerika Haus Berlin**, Hardenbergstraße 22-24, 10623 – direkt am Bahnhof Zoo.

An sieben Abenden will das Amerika Haus mit einer Veranstaltungsreihe, musikalisch und künstlerisch umrahmt, informieren, diskutieren und in der Wahlnacht gemeinsam den Ergebnissen entgegenfiebert. Die Reihe „Wie wählt Amerika?“ will genauer hinsehen und den Berlinerinnen und Berlinern die Chance geben, die US-Wahlen so nah wie möglich zu erleben: Hören Sie Experten-Prognosen zur Außenpolitik des zukünftigen Präsidenten und diskutieren Sie bei der Wahlachlese mit Diplomaten und Journalisten den Ausgang der Wahl.

Die nächste Veranstaltung findet statt am **Montag, 06. Oktober 2008, 19 Uhr** zum Thema:

Senatoren, Gouverneure und Präsidenten: Wer und wie in den USA gewählt wird
Ein anschaulicher Überblick über Wahlsystem und Wahlprozedur der USA. Präsident oder Sheriff – für welche Wahl interessieren sich die Amerikaner mehr?

(Eintritt frei. Einlass ab 18 Uhr)

Referenten: *Thomas Greven*, Politikwissenschaftler, John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin, und *Janneck Herre*, Historiker und Büroleiter Partnerschaft der Parlamente, Geschäftsstelle Berlin

Moderation: *Ulrich Brückner*, Politikwissenschaftler, Stanford University Programm in Berlin